Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Große Märchenstraße 51 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 23. Halle, Donnerstag, den 15. Januar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Abrechnung mit den Radikalen.

Minister des Innern Heine gegen die unabhängig-kommunistische Wühlarbeit.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Berlin, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Nach dem Abg. Henke führte der preußische Minister des Innern den Nachweis, daß die Rolle der Unabhängigen doch nicht so harmlos gewesen ist, wie Herr Henke es glauben machen möchte. Herr Heine, der als oberster Leiter der Polizei die Verantwortlichkeit für die Sicherheitsvorkehrungen auf sich nimmt, hat die Ereignisse auf dem Stuhl nicht ruhig abgewartet, sondern sich persönlich darum gekümmert und ist daher ein kompetenter Augenzeuge. Er hat gesehen, wie die Masse den Abgeordneten Heimann bespie und andere bedrohte. Er hat weiter gesehen, wie die Menge sich nach ganz bestimmten Direktiven hin bewegte, die ihr von der Rampe und den Geländern kamen, wie die fast übermenschlich rührige Polizei Beleidigungen und Beschimpfungen ertrug, entwaffnet und verwundet wurde, und war in unmittelbarer Nähe, als der erste Schuß fiel. Dieser erste Schuß, sagte der Minister, war kein Zufall. Kaum war er gefallen, so ahnten die Unabhängigen, daß ihre Saat Früchte tragen werde. Die Unabhängigen hatten die Ausführungen des Ministers anfänglich mit relativer Ruhe hingenommen, die aber einer steigenden Nervosität Platz machte und sich dann in Zwischenrufen äußerte. Unter diesen Zwischenrufen empörte ein Bravo, als von der Entwaffnung und der Verwundung der Polizei durch die Massen die Rede ist, das gesamte Haus. Bei der Feststellung des Ministers über den ersten Schuß aber bricht ein neuer Sturm los. Die Unabhängigen springen von den Sitzen auf, der Abgeordnete Henke schlägt mit geballter Faust auf den Tisch und es bildet sich ein Knäuel um die Tribüne. Frau Zietz und Düwell machen ihrem Herzen durch einige Schimpfworte Luft, für die sie zur Ordnung gerufen werden. Ueber diesen aufgeregten Haufen hinweg setzt der Minister Heine seine präzisen Mitteilungen fort. Die Ruhe der Sicherheitspolizei war so groß und andererseits wuchs die Gefahr derartig, daß einige Abgeordnete den Minister mit Hinweisen auf die Mißhandlungen der Sicherheitsleute fragten: „Geschieht denn gar nichts, um diese Leute zu retten? Von Minute zu Minute staute sich am Portal II die Masse mehr, aufgereizt durch die Abgeordneten Zubeil und Zietz. Erneut durchbraust mächtiger Tumult den Saal. Die Erregung treibt die Volksvertreter von ihren Sesseln hoch. Besonnene Männer halten Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten davon ab, sich aufeinander zu stürzen. Immer neue Keulenhiebe läßt der Redner niedersausen. Frau Zietz und der Abgeordnete Zubeil sollen der Menge zugerufen haben: „Das Reichstagsgebäude gehört dem Volke, nicht der Sicherheitswehr, Ihr wißt, was Ihr zu tun habt." Nur noch wenige Sekunden war die Masse von den Mannschaften entfernt, die mit dem Rücken an der Wand standen. Die Erstürmung des Reichstages war nur noch eine Frage von Sekunden. Aus der heute konfiszierten Nummer der „Freiheit" weist der Minister die Not der Sicherheitswehr nach. Die „Freiheit" selbst berichtet, daß ein Matrose, der sich besonders blutrünstig gebärdet hatte, einen Schuß abgegeben habe. „Sieg oder Tod" zitiert der Minister seinem unabhängigen Vorredner. Herr Henke scheine dabei an den Tod der anderen gedacht zu haben. Die Garantie für die ruhige Tagung des Hauses werde aber auch weiter gewährleistet werden.

Die Anklagen des Polizeiministers rufen nochmals den Abgeordneten Henke auf den Plan. Er bedauert die Beschimpfung des Abgeordneten Heimann und erledigt die Ausführungen des Ministers als Spitzelarbeit. Damit hat die blutige Episode vom 13. Januar 1920 ihren vorläufigen Abschluß gefunden und das Haus setzt mit einer Rede des Abgeordneten Bender-Magdeburg (Soz.) die sachliche Beratung des Betriebsrätegesetzes fort. Als Urteil seiner Fraktion über die gestrigen Vorgänge verweist er auf die Ausführungen des Reichskanzlers. Auch nach der Meinung seiner Freunde hätte das Betriebsrätegesetz den Arbeitern mehr bringen müssen, als es bringt, aber die politische Zusammensetzung der Nationalversammlung hat es vermindert und die Unabhängigen, die an dem Gesetz gar nicht mitgearbeitet haben, haben keine Berechtigung, sich zu beklagen. Auch der Zentrumsabgeordnete Schwarzer-Oberbayern weist die Schuld an dem Blutvergießen den Urhebern der Demonstration zu, die wissen mußten, daß in einer so aufgeregten Zeit Demonstrationen leicht zu Zusammenstößen führen. Die schnellste Verabschiedung der Vorlage liege jetzt im Interesse des Landes.

Der demokratische Abgeordnete Weinhausen betont die Notwendigkeit unbedingter Unterstützung der Regierung in dem gestern entfesselten Kampf, trotz aller Bedenken, die der Ruf nach Gewalt vom demokratischen Standpunkt aus erwecken müßte. Aber wenn die Demokratie durch die Gewalttaten einer Minderheit in Gefahr gebracht würde, so müßten diese Bedenken schwinden. Der Regierung macht der Redner zum Vorwurf, daß sie das Betriebsrätegesetz nicht rechtzeitig zur Erledigung gebracht habe, und auch die Gesetzentwürfe über das obligatorische Schiedsgericht ungebührlich lange auf sich warten ließen. In bemerkenswerter Breite geht der Abgeordnete Schiele (Deutschnat.) auf die Vorlage ein, deren Mängel er in stundenlanger Rede darlegt. Namentlich betont er die Beeinträchtigung des Handwerkes. Für die Angestellten wünscht er eine würdigere Vertretung, für die Presse die Erhaltung ihrer Ausnahmestellung. Die vorgebrachten Bedenken sucht der Arbeitsminister Schlicke zu entkräften. Das Ausbleiben des Entwurfs über das obligatorische Schiedsverfahren begründet er mit den Schwierigkeiten der Materie. Zur Frage des Wahlalters ist er der Meinung, daß, wenn ein Arbeiter zum Abschluß des Arbeitsvertrages berechtigt ist, ihm auch das Wahlrecht gegeben werden müsse. Nach dem Reichsminister Schlicke nahm das Wort der Volksparteiler Abgeordnete Dr. Vögler zu einer langen Rede. Nach ihm sprach der unabhängige Abgeordnete Dr. Geyer-Sohn.

•

Der Sitzungsbericht.

Reichskanzler Bauer schloß seine Rede, über deren Anfang wir bereits gestern nachmittag berichteten:

Geheime Konferenzen haben stattgefunden. Das Wort „Die Eisenbahner haben die Hände an der Hurgel des Staates" stammt aus unabhängigem Munde. Es ist verbrecherisch, die

Not des Volkes in dieser demagogischen Weise auszunutzen.

(Sehr richtig!) Sie wollen den Kampf aller gegen alle und auf den Trümmern des Reiches die kommunistische Herrschaft errichten. Die Gesamtheit der Nation ist in ihrem Leben bedroht durch diese verbrecherische Agitation. Wir werden mit den schärfsten Mitteln dagegen vorgehen. Wir sind sicher, die ganze öffentliche Meinung hinter uns zu haben. Die Leute, die unser Volk in den Abgrund stürzen wollen, gehören hinter Schloß und Riegel. Wir werden alles tun, um das Volk vor dem Abgrund zu bewahren. (Lebhafter Beifall und Lärm bei den Unabh. Soz.)

Berichterstatter Schneider (Dem.) beendet unter großem Lärm der Unabhängigen seinen gestern begonnenen Bericht über die Ausschußverhandlungen.

Präsident Fehrenbach: Ich halte es für angezeigt, im Interesse der ruhigen Verhandlung, jetzt einem unabhängigen Sozialisten das Wort zur Erwiderung zu geben. (Widerspruch rechts.) Die Mehrheit stimmt diesem Vorschlag zu.

Abg. Henke (U. S.): Schuld allein hat die Regierung. Der Reichstag ist falsch informiert und voreingenommen. Das Recht auf Demonstrationen läßt sich das Volk nicht nehmen. (Lachen.)

Preußischer Minister Heine:

Es war nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten ungehindert das Haus betreten konnten. Die Sicherheitsbeamten haben mit unglaublicher Milde und Geduld ihres Amtes gewaltet. (Sehr richtig!) Sie hatten den Auftrag, von der Waffe nicht eher Gebrauch zu machen,

bis das Haus selbst in Gefahr komme.

Die Maschinengewehre waren nicht sichtbar aufgestellt, um jeden Vorwurf der Provokation zu unterbinden. Der erste Schuß fiel von außen und verwundete einen Soldaten. Mit dem Märchen eines zufällig losgegangenen Gewehres kommen Sie uns nicht. Man hat gesehen, wie von der Rampe gewinkt wurde. Die Massen wurden aufgereizt von dem Abgeordneten Zubeil und Frau Zietz. (Hört, hört! Rufe bei den Unabhängigen: Verleumdung!)

Abg. Frau Zietz ruft: Das Reichstagshaus gehört dem Volke, nicht der Sicherheitspolizei.

Minister Heine (fortfahrend.): Der Bericht der „Freiheit" selbst, der schon gedruckt war, als heute das Blatt verboten wurde, bestätigt, daß die Soldaten von der Menge zurückgedrängt wurden, daß ihnen die Gewehre und Handgranaten abgenommen wurden. Wir beklagen die Opfer, die Sie auf dem Gewissen haben. (Lärm bei den Unabhängigen.)

Abg. Henke (U. S.) erhält unter lebhaftem Widerspruch der Rechten abermals das Wort. Er führt aus, daß Minister Heine die ganze Sache gemacht hat, um Zwangsmaßnahmen gegen das Volk zu begründen. Es ist eine Lüge, wenn er behauptet, wir hätten den Tumult angezettelt. (Ordnungsruf.)

Abg. Bender (Soz.) bittet, dem Betriebsrätegesetz eine solche Fassung zu geben, die dem Arbeiter eine neue Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumt. Die Unabhängigen hätten mit ihren beiden Stimmen die Annahme manches von uns bedauerten Antrages verhindern können. Aber

sie fehlten bei den meisten Sitzungen,

stellten selbst keine Anträge, ja brachten sogar Verbesserungsanträge von uns durch Stimmenthaltung zu Fall.

Abg. Schwarzer (Ztr.): Das Betriebsrätegesetz wäre auch gekommen, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch auf die Landwirtschaft muß das Betriebsrätegesetz Anwendung finden. Bedenken kann nur das Wahlalter von 18 Jahren erregen, weil es auch politische Rückschläge haben kann.

Abg. Weinhausen (Dem.): Die Agitation gegen das Betriebsrätegesetz geht über alles Maß hinaus. Die

großen Errungenschaften der Arbeitnehmer werden völlig verschwiegen.

Es ist Zeit, daß das Gesetz verabschiedet wird, schon damit ein Schutz gegen die wilden Betriebsräte vorhanden ist. Ausdrücklich bedauert bin ich, das lebhafte Bedauern meiner Freunde darüber auszudrücken, daß die Regierung ihr Versprechen, noch vor Weihnachten ein Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte einzubringen, nicht erfüllt hat. (Sehr richtig!) Wir erwarten, daß es spätestens in der Februartagung kommt.

Abg. Schiele (Dn.): Im Hause ist noch kein Gesetz von so einschneidender wirtschaftlicher Wirkung verabschiedet worden wie dieses. Es hätte vollkommen genügt, wenn man sich auf die weitere Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse und die Einführung von Arbeitsgemeinschaften beschränkt hätte. Die jetzige Vorlage hat ein politisches Gesicht. Sie wird die

Politisierung der Betriebe im Sinne der Kommunisten

zur Folge haben. Das zu unterstützen haben wir keinen Anlaß. Mit dem Gesetz ist keine Partei zufrieden. Eine allgemeine Magenverstimmung macht sich geltend. Die Zeitungsbetriebe müssen unbedingt von dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen werden. Sonst ist die Unabhängigkeit der Presse auf das äußerste gefährdet. Es ist eine Illusionspolitik, die mit diesem Gesetz getrieben wird. Die Erfahrungen mit den Betriebsräten im Bergbau sollten eine ernste Mahnung sein, von dieser Politik abzulassen. Der Industrie werden die Rohstoffkredite des Auslandes durch dieses Gesetz unterbunden. Unser Wirtschaftsleben muß endlich zur Ruhe kommen.

Reichsarbeitsminister Schlicke:

Das Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte konnte nicht vorgelegt werden, weil es reifliche Durcharbeitung erfordert und alle Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Die ausländische Gesetzgebung bot keine Handhabe. Meine Hoffnung, die Vorlage vor Weihnachten zu machen, hat sich ebensowenig verwirklichen lassen, wie die Hoffnung dieses Hauses, das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten zu erledigen. Die Vorlage über die Bildung des Reichswirtschaftsrates bedurfte voller drei Monate, ehe sie an den Reichsrat kam, infolge der Zersplitterung der Arbeitgeberverbände, die die Ausarbeitung der Vorlage sehr erschwerte. Daß die Arbeiterausschüsse kein Ersatz für die Betriebsräte sein können, beweisen die vielen Maßregelungen, denen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dauernd ausgesetzt werden. Das Wirtschaftsleben kann nur gehoben werden durch Arbeitsgemeinschaft. Diese Vorlage ist der erste Schritt dazu.

Abg. Vögler (D. Vpt.): Das Gesetz ist durch politische Agitation hervorgerufen worden. Wie kann man angesichts dessen auf eine wohltuende Wirkung auf unsere Wirtschaftslage hoffen? Wir müssen damit rechnen, daß 80 Prozent des Kohlenbedarfs in Zukunft ungedeckt bleiben. (Hört, hört!) Wo soll da die Wiedererstarkung unseres Wirtschaftslebens herkommen? Die Vorlage wird neuen Zündstoff in die Betriebe hineintragen. Sie ist gewissermaßen der Anfang einer Parlamentarisierung der Wirtschaft. Das Gesetz sollte zunächst einem Reichswirtschaftsrat überwiesen werden.

Abg. Geyer (U. S.): Der Rechten ist nur daran gelegen, daß das Gesetz im Reichswirtschaftsrat noch mehr verschlechtert wird. Die Regierung aber hat Verwirrung über den Rätegedanken in den Reihen der Arbeiter erregt, um auf diese Weise ihre Herrschaft zu erhalten. Die Betriebsräte dieses Gesetzes haben mit den Betriebsräten in sozialistischem Sinne auf der Grundlage einer antikapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts gemein. Die Rechtssozialisten sind nur

die Strohmänner der Reaktion.

Abg. Gandorfer (b. P. B.): Wir lehnen das Gesetz ab. Hätten wir es während des Krieges auf dem Lande gehabt, so wären wir längst verhungert.

Die Erörterung über § 1 schließt: Die Abstimmung folgt morgen.

Abg. Frau Zietz (persönlich): Der Minister Heine hat mich der Aufreizung beschuldigt. Das ist schamlose Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200115012/fragment/page=0001

leumdung. (Ordnungsruf.) Ich habe kein Wort zu den Demonstranten gesprochen. (Zuruf: Ihr Erscheinen genügt! Heiterkeit.)

Abg. Zubeil (persönlich) bestreitet ebenfalls das ihm vorgeworfene aufreizende Vorgehen.

Abg. Braß (U. S.): Die Schießerei war grundlos; denn die Straße war fast leer.

Minister Heine: Das verdreht die Wahrheit. Meine vielen Zeugen sind mir glaubwürdiger als Herr Braß.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Schluß 8¼ Uhr.

42 Tote, 105 Verletzte!

WTB. Berlin, 14. Januar. Bei den gestrigen Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgiltig feststehen dürfte, 42 Tote und 105 Verletzte gezählt worden. Von den Toten befinden sich 21 im Schauhause, die übrigen in verschiedenen Krankenhäusern.

Nachklänge zum blutigen Dienstag.

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Nacht ist in Berlin im wesentlichen ruhig verlaufen. In Neukölln ist ein Wachtmeister der Sicherheitswehr von der Straßenbahn heruntergeholt und erstochen worden. In der Müllerstraße wurde ein Wachtmeister der Sicherheitswehr von der Menge, die ihn ebenfalls von der Straßenbahn herunterholte, schwer mißhandelt.

In Ergänzung zu der gestrigen amtlichen Mitteilung ist mitzuteilen, daß auch am Portal 5 die Menge versuchte, in den Reichstag einzudringen, doch gelang es hier, die Menge zurückzudrängen, ohne daß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden mußte. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei den Zusammenstößen am Reichstage auch Angehörige der Sicherheitswehr durch Schüsse schwer verletzt 3 Personen, leicht verletzt 4, durch Stiche leicht verletzt 4 Personen, durch Schläge schwer verletzt eine Person, leicht verletzt eine Person. Da noch nicht alle Meldungen vorliegen, kann auch diese Aufstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen.

Im Leichenhause in der Hannoverschen Straße sind bisher 21 Tote eingeliefert worden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wird in den Berliner Großbetrieben gearbeitet. Auch der Eisenbahnbetrieb ist heute in vollem Gange. Die versteckte Aufforderung zur passiven Resistenz in der heutigen Morgennummer der „Freiheit“ ist nicht befolgt worden.

Die Lage im Reiche ist, soweit die bisherigen Nachrichten erkennen lassen, ruhig. In Leipzig wird überall gearbeitet. Der Eisenbahn- und Fremdenverkehr ist nicht behindert. Auch Hamburg ist ruhig, ebenfalls Dresden. In Duisburg haben die Eisenbahner zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen. Der Verkehr ist wieder in vollem Gange. Streiks der Bergarbeiter werden aus dem Hamborner Revier gemeldet.

Wen trifft die Schuld?

Konflikt zwischen Unabhängigen und Kommunisten.

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die gestrigen blutigen Zusammenstöße nicht erfolgt wären, hätten nicht verschiedene Regierungsmitglieder auf die Sicherheitspolizei eingewirkt, sich so weit wie möglich zurückzuziehen, und die Menschenmengen hätten nicht den Angriff auf die Sicherheitsbeamten gemacht, wenn nicht auf den Antrag eines Ministers hin die Maschinengewehre in das Innere des Reichstagsgebäudes zurückgezogen worden wären, was die radaulustigen Elemente als eine Schwäche der Sicherheitswehr auffaßten und zum Anlaß eines Sturmes auf das Reichstagsgebäude nahmen. Unter den Kabinettsmitgliedern herrschte bis zum gestrigen Vorfall über das Vorgehen gegen die Extremradikalen Uneinigkeit. Die seinerzeitige Aufhebung des Belagerungszustandes war zu einem großen Teil darauf zurückzuführen. Dies hat sich nunmehr geändert. Unter sämtlichen Kabinettsmitgliedern herrscht volle Einmütigkeit. Im Gegensatz dazu ist es zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten infolge der gestrigen Vorfälle zu einem Konflikt gekommen, und dieser dürfte dazu führen, daß es voraussichtlich nicht zu einem Generalstreik kommen wird. Wie uns von zuständiger Stelle noch mitgeteilt wird, ist das Verbot der „Freiheit“ nicht auf drei Tage beschlossen, sondern für unbestimmte Zeit ausgesprochen worden. Die Räume der beiden Roten Fahnen sind gleichfalls militärisch besetzt und das Verbot des Erscheinens dieser beiden Blätter ist gleichfalls auf unbestimmte Zeit ausgesprochen worden. Nach diesem Verbot ist auf eine längere Dauer des Ausnahmezustandes zu schließen.

Berlins Polizeipräsident über die „Demonstration“.

Berlin, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Polizeipräsident Ernst äußerte sich gegenüber dem Mitarbeiter der „Nationalzeitung“: Die organisierte Arbeiterschaft, die sich gestern vor dem Reichstagsgebäude versammelt hatte, war den Meldungen zufolge, die der „Nationalzeitung“ vorliegen, nicht dorthin gekommen, um irgendwelchen Zwischenfall zu provozieren, sondern lediglich, um in ruhiger Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz Stellung zu nehmen. Dadurch jedoch, daß die einzelnen Organisationsleitungen nicht genügend Ordner gestellt hatten, und dies ist der Vorwurf, den man den Organisationen machen muß, gelang es verbrecherischen Elementen, die Führung der Menge an sich zu reißen, die Leute durch Hetzreden aufzupeitschen und gegen den Reichstag loszujagen. Unter den Führern der Demonstranten befanden sich auch zahlreiche Personen in Matrosenuniform. Diese Männer waren jedoch größtenteils gar keine Matrosen, sondern nur Verbrecher und lichtscheues Gesindel. „Meiner Ansicht nach“, schloß Präsident Ernst, „wird es in den nächsten Tagen kaum mehr zu Ruhestörungen kommen, da die organisierte Arbeiterschaft inzwischen wieder zur Besinnung gekommen sein wird“.

Die Lage im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Streiklage bei den Eisenbahnern erfahren wir, daß im Elberfelder Bezirk seit gestern wieder gearbeitet wird. In Essen ist ebenfalls eine Besserung der Lage eingetreten. Aus Münster ist das Ergebnis einer Versammlung, in der gestern abend über den Streik abgestimmt werden sollte, noch nicht bekannt. In Schlesien hat die Zentralstreikleitung dem Präsidenten des Eisenbahndirektionsbezirkes den Vorschlag gemacht, die durch den Streik ausgefallenen Schichten durch Ueberarbeit wieder einzuholen. In Breslau ist alles ruhig. Gestern sollte in der Jahrhunderthalle eine Versammlung über den Streik stattfinden. In einer Breslauer Werkstätte wurde passive Resistenz geübt. In Kassel und in Mitteldeutschland ist ebenfalls alles ruhig, doch ist die Lage hier noch nicht vorauszusehen, da bekannt ist, daß in einer geheimen Versammlung, die in Magdeburg stattfand, beschlossen worden ist, daß der mitteldeutsche Direktionsbezirk heute, Mittwoch, in den Streik eintreten soll. Von zuständiger Stelle wird nochmals darauf hingewiesen, daß Löhne für Streiktage keinesfalls gezahlt würden, ebenso für Arbeiter wie für Beamte. Beim Eisenbahnminister waren gestern Vertreter der Beamtenfachverbände und haben ihre Bereitwilligkeit zur verstärkten Mitarbeit ausgesprochen. Sie haben erklärt, auch unter Umständen die Arbeiten der Arbeiter mit übernehmen zu wollen.

Die Tarifverhandlungen der Eisenbahner.

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Aus den bisherigen Tarifverhandlungen zwischen dem Eisenbahnministerium und den Gewerkschaften hat sich, wie unser Berliner Vertreter meldet, ergeben, daß die jetzt bewilligten Forderungen schon weit über den Entwurf des Tarifvertrags, wie er im November vorgelegt worden ist, hinausgehen. In verschiedenen Orten sind die Eisenbahnerlöhne zurzeit höher, als die in der Industrie der gleichen Orte gezahlten Löhne. Für die westlichen Direktionsbezirke ist die Lohnfestsetzung bereits erledigt. Es ist anzunehmen, daß im Laufe des heutigen Tages auch eine Einigung über die Lohnsätze in Mitteldeutschland zustandekommen wird.

Oeser über die Eisenbahnerbewegung.

„Zum Sturze der Regierung.“

WTB. Berlin, 14. Januar. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat gestern folgende Weisung an alle Eisenbahndirektionen gegeben:

„Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturze der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Syndikalisten veranstaltet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle unbedingte Notwendigkeit. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen mich bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Nebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Alle Anordnungen zu diesem Zwecke sind ohne jeden Zeitverlust an die Aemter und Dienststellen zu erlassen. Amtsvorstände und Dienststellenvorsteher haben sich persönlich für die glatte Durchführung dieser Anordnung einzusetzen. Die Beamtenverbände haben ihre Mitglieder in gleichem Sinne aufgerufen, um die staatliche Ordnung und die Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Es wird nicht geduldet werden, daß ungezügelte Elemente das Verkehrswesen zerrütten und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen.“

Die Essener Eisenbahner streiken weiter.

WTB. Essen, 14. Januar. Die streikenden Eisenbahner beschlossen in einer spät abends abgehaltenen Versammlung im Ausstand weiter zu verharren.

Streik in den Leipziger Eisenbahnwerkstätten.

WTB. Leipzig, 14. Januar. In den Eisenbahnwerkstätten von Leipzig-Engelsdorf sind die Arbeiter heute vormittag in den Streik getreten. Die Eisenbahnarbeiter und Beamten auf dem Leipziger Hauptbahnhof und im Außendienst beteiligen sich nicht am Ausstand. Nach hier vorliegenden Meldungen sind die Werkstättenarbeiter in Zwickau gleichfalls in den Streik getreten. Die Gerüchte von größeren Streiks in der Leipziger Industrie beruhen nach dem „Leipziger Tageblatt“ auf Kombinationen. In einzelnen Betrieben sollen heute abend Abstimmungen stattfinden.

Die Lage im westlichen Industriegebiet.

WTB. Essen (Ruhr), 14. Januar. Die Lage im Industriegebiet hat sich gegen gestern wesentlich gebessert. Nachdem die Führung der 3 Eisenbahnergewerkschaften die Leitung des Streiks niedergelegt und die Verantwortung für die Folgen weiterer Streiks abgelehnt hatte, machte sich, zum größten Teil wohl infolge der energischen Maßnahmen der Regierung, die Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit allenthalben bemerkbar. In den weitaus meisten Bahnhöfen des Eisenbahndirektionsbezirks Essen ist die Arbeit infolgedessen wieder aufgenommen worden. Im Ausstand verharren zurzeit noch neben einigen kleinen Bahnhöfen der Duisburger Hauptbahnhof, die Mülheimer Bahnhöfe, Langendreer, Witten-West, die Bochumer Bahnhöfe und der größte Rangierbahnhof Wedau.

Personenverkehr in Oberschlesien.

Erfolgreiches Einsetzen der technischen Nothilfe.

WTB. Kattowitz, 14. Januar. Obwohl im hiesigen Direktionsbezirk der Eisenbahnerausstand fortdauert, wird durch das Einsetzen der Technischen Nothilfe der Personenverkehr ganz, der Güterverkehr zum großen Teil aufrechterhalten.

Teuerungszulagen in Bayern.

WTB. München, 14. Januar. Im Finanzausschuß erklärte ein Regierungsvertreter, die bayerische Regierung sei bereit, eine 150proz. Erhöhung der Teuerungszulagen zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß das Reich und Preußen sie ebenfalls bewilligen. Damit sind die beiden Telegramme, die die Reichsregierung in dieser Angelegenheit an die bayerische Regierung gerichtet hatte, erledigt.

Die Eisenbahnerbewegung in Frankfurt.

WTB. Frankfurt a. M., 14. Januar. Die Eisenbahnerbewegung setzt sich auch in Frankfurt zu. Die Eisenbahner der Bahnämter Betzdorf, Dillenburg, Wetzlar, Duisburg und Gießen sind von der gegenwärtig in Berlin tagenden Kommission in die dritte Lohnklasse eingereiht worden, während die Eisenbahndirektion die Einreihung in die erste Lohnklasse als dringend erachtet hat. Mit diesem Bescheid geben sich die Eisenbahner nicht zufrieden und drohen, wenn die Beschlüsse der Berliner Kommission nicht abgeändert werden, mit dem Streik.

Spartakistische Treibereien im Hamborner Revier.

Essen, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der „L.-A.“ meldet: Der Bergarbeiterstreik im Hamborner Revier hat auch heute noch an Ausdehnung zugenommen. Neu in den Ausstand getreten ist die Belegschaft der Zeche Sterkrade. Dagegen ist der Ausstand auf Zeche Amalia der Gewerkschaft Helene und Amalia im Essener Bezirk beendet. Auch hier hat es sich ausschließlich um Treibereien spartakistischer Hetzer gehandelt, deren Wortführer in der Belegschaftsversammlung einen Schichtlohn von 210 Mark forderten, was die Versammlung mit Lachen aufgenommen hatte.

Die Besetzung der Abstimmungsgebiete.

WTB. Berlin, 14. Januar. Folgende Uebersicht über die Besetzung der Abstimmungsgebiete, sowie von Danzig und Memel geht dem Wolffschen Büro von zuständiger Stelle zu:

1. Schleswig. Ein französisches Bataillon trifft am 20./22. Januar in Hadersleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. Januar zu Wasser in Flensburg.

2. Danzig. Danzig wird von zwei englischen und einem französischen Bataillon besetzt. Der erste Zug trifft auf Station Praust am 24. Januar ein.

3. Bezirk Marienwerder. Ein italienisches Bataillon trifft am 25. Januar in Deutsch-Eylau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompagnien werden in den ersten Februartagen durch je ein zweites englisches Bataillon abgelöst.

4. Bezirk Allenstein. Am 30. bis 31. Januar trifft ein Bataillon Engländer in Lyck ein, von dem später ein halbes Bataillon nach Sensburg verlegt wird. Am 4. und 5. Februar trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird.

5. Memel. Memel wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt.

6. Oberschlesien. Oberschlesien wird vom 28. Januar ab besetzt. Die Franzosen beginnen an der Südecke. Die genaue Verteilung zwischen den Alliierten steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen und der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

Französische Alpenjäger in Flensburg.

WTB. Flensburg, 14. Jan. (Drahtnachricht.) Der Generalsekretär der internationalen Kommission, Bruce, und der neue Polizeichef für das Abstimmungsgebiet, Hauptmann Brun, sind heute vormittag auf einem französischen Zerstörer in Flensburg eingetroffen. Nachmittags lief der französische Kreuzer „Marseillaise“ mit 600 Alpenjägern an Bord ein. Die Truppen sind zur Besetzung noch nicht an Land gegangen.

Die kritische Lage in Wien.

WTB. Paris, 14. Jan. (Drahtnachricht.) Die „Agence Havas“ meldet: Auf Grund von aus London eingegangenen Nachrichten aus Wien, welche die dortige Lage als kritisch darstellen, erhielten die Vertreter Frankreichs und Englands Instruktionen, sobald sie es für nötig erachten, zu erklären, daß jede Aenderung des bestehenden Zustandes bei der britischen und französischen Regierung die ungünstigste Beurteilung finden würde.

Generalstreik in der italienischen Verkehrsverwaltung

WTB. Mailand, 14. Jan. Die Blätter melden, daß das Personal der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung in ganz Italien den Generalstreik proklamiert habe. Die Streikenden verlangen die Erhöhung ihrer jetzigen Besoldung um 1000 Lire. „Corriere dela Serra“ befürchtet eine Rückwirkung des Streiks auf die im Gange befindliche Aktion der Eisenbahner. „Popolo d'Italia“ hebt hervor, daß der Generalstreik gerade in dem Augenblick ausgebrochen sei, in dem die Pariser Verhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hätten und Italien von seinen Verbündeten an der Gurgel gepackt würde.

Deutsches Reich.

Die preußische Verfassung.

Berlin, 14. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Entgegen anderslautenden Nachrichten haben wir festgestellt, daß das preußische Staatsministerium sich in einer morgigen Sitzung mit dem Verfassungsentwurf beschäftigen wird. Bereits vor einigen Wochen ist die Verfassung in erster Lesung im Staatsministerium beraten worden. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sie nunmehr endgültig verabschiedet und unverzüglich der Landesversammlung vorgelegt werden wird.

Neue Dokumente zur Entlassung Bismarcks.

WTB. Berlin, 14. Januar. Neue Dokumente zur Entlassung Bismarcks erscheinen binnen kurzem in Buchform unter dem Titel „Fürst Bismarcks Entlassung“ beim Verlag August Scherl, G. m. b. H., in Berlin. Das Werk enthält die bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen des Staatsministers von Bötticher, Bismarcks vertrautem Mitarbeiter.

Beförderung im Flugzeug.

WTB. Berlin, 14. Jan. Die Oberpostdirektion hat vormittags ein Flugzeug der Deutschen Luftreederei mit rund 8400 infolge der Leitungsstörungen nicht beförderten Telegrammen, sowie Briefpost vom Flugplatz Johannisthal nach Utrecht abgehen lassen. Die Briefpost wird in Gelsenkirchen abgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200115012/fragment/page=0002

Ausland.

Neue Partei in England.

Amsterdam, 14. Januar. Wi „Allgemeen Handelsblad“ aus London meldet, wird der Aufruf des Lord-Kanzlers zur Errichtung einer neuen nationalen Partei in englischen politischen Kreisen lebhaft besprochen. Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ schreibt, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß Lloyd George vor kurzem einen Plan zur Bildung einer Zentrumspartei als unvermeidlich angenommen habe.

Die Niederlande und der Völkerbund.

Amsterdam, 14. Januar. Wie die Blätter melden, hat die niederländische Regierung im Parlament einen Gesetzentwurf betreffend den Beitritt der Niederlande zum Völkerbund eingebracht.

Aus der demokratischen Bewegung.

Cölleda, 14. Januar. Im Kreise Eckartsberga hat am Sonnabend und Sonntag Abg. Delius drei Versammlungen abgehalten. In Cölleda sprach Abg. Delius zum erstenmal. Leider beeinträchtigte der orkanartige Sturm und der strömende Regen den Besuch der Versammlung, die in dem sehr ungünstig gelegenen Schützenhaussaal stattfand. Trotzdem war der Besuch ein durchaus guter. Die Besucher, die trotz des Unwetters den weiten Weg gemacht hatten, waren von den Ausführungen des Redners außerordentlich befriedigt.

Die Versammlung in **Donndorf** am Sonntag nachmittag wies einen überaus glänzenden Besuch auf. Trotz der Ungunst des Wetters waren auch die benachbarten Orte vertreten. Das Ergebnis der Versammlung war die Gründung einer starken Ortsgruppe, die sogleich die Vorstandswahl vornahm und Herrn Bahnhofsaufseher Kaßler zum Vorsitzenden wählte. In der Aussprache meldete sich ein 17jähriger Unterprimaner als Deutschnationaler zum Worte. Herr Abg. Delius gab ihm den Rat, sich ja erst noch in politischen und wirtschaftlichen Dingen zu unterrichten und erst die nötige Lebenserfahrung zu sammeln, bevor er wieder auftrete.

Die Versammlung am Abend in **Wiehe** litt unter dem Unwetter, was mehrere Stunden anhielt und zur Versagung des elektrischen Lichtes führte, sodaß das außerhalb der Stadt liegende Lokal sehr schwer erreichbar wurde. Trotzdem hatten sich gegen 200 Personen eingefunden, die beim Kerzenschein mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Abgeordneten folgten und ihm lebhaften Beifall zollten.

Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Januar 1920

Der Prozeß gegen Leutnant Ferchlandt

Die Vernehmung Weiders wird fortgesetzt. Zeuge **Weider**: Als Ltn. Ferchlandt aus Berlin zurückkehrte, erzählte er uns, daß die Berliner Kämpfe ganz anders seien, als in den Zeitungen geschildert würde. Dort hätte zwischen der Volksmarinedivision und der Sicherheitswehr eine Verbrüderung stattgefunden; die noch stattfindenden Kämpfe seien nur ein Aufflammen der Reaktion. Ltn. Ferchlandt hat zu Hildebrandt gesagt:

Genosse Hildebrandt, wir müssen die Arbeiter bewaffnen.

Darauf erwiderte Hildebrandt: Das können wir nicht machen, dazu müssen wir die Parteifunktionäre hinzuziehen. Am Abend dieses Tages sind 2 **Wagen mit Waffen nach Ammendorf** geschafft werden. Von da an erhielt ich von Ltn. Ferchlandt die Weisung, die Waffen nicht mehr nach dem Artilleriedepot zu schicken, sondern sie der Matrosenkompagnie zu überlassen. Nur die unbrauchbaren Gewehre wurden noch nach dem Artilleriedepot gebracht. Vor der Berliner Zeit bestanden häufig Meinungsverschiedenheiten zwischen Ferchlandt und Kilian; erst nach der Reise entstand das „harmonische Verhältnis“ zwischen den beiden. Ltn. Ferchlandt hat Meseberg einmal 14 Tage auf Urlaub geschickt, da Meseberg zuviel geredet hatte, Meseberg sollte sozusagen „kalt gestellt“ werden. **Verteidiger**: Der Zeuge verwickelt sich ständig in Widersprüche. Ein Beispiel dafür ist die eidliche Aussage des Zeugen, daß Hans Ferchlandt und Domogalla die Waffenkammer aufgebrochen hätten. Es stellte sich später heraus, daß zu der betreffenden Zeit Hans Ferchlandt auf Urlaub war, und Domogalla bestritt die Aussage des Zeugen eidlich. **Weider**: Das ist der einzige Widerspruch, den mir Herr Rechtsanwalt nachweisen kann. Diesen Irrtum habe ich schon in der Voruntersuchung zum Kilian-Prozeß berichtigt. **Vors.** zu Weider: Was war nach Ihrer Ansicht der Zweck der Bestückung des Riebeckplatzes? Zeuge **Weider**: Es war eine Schutzmaßnahme gegen die Artillerie, allerdings wurde auch davon gesprochen, die Artilleriekaserne anzugreifen. Man hat in jener Zeit in Halle eifrig nach Flugzeugführern gesucht, sie sollten

Flugzeuge von Leipzig zu Angriffen auf die Artillerie-Kaserne

herbeiführen. Ich habe einmal beobachtet, wie Waffenunteroffizier Pfeiffer 2 Zivilisten in der Charlottenschule am leichten M.-G. ausgebildet hat. Auf Antrag des Verteidigers soll Zeuge Pfeiffer noch einmal geladen werden. **In der Pludragarde** waren meistens Leute, die vom Militär entlassen und in die Sicherheitswehr nicht aufgenommen waren. Die Anzahl schwankte zwischen 30 und 200, der eigentliche Führer schien Klaus zu sein. Ob Hartung mit dazu gehörte, kann ich nicht behaupten. An dem kritischen Sonntag, am 12. Januar, erhielten die Mitglieder der Pludragarde von der Matrosenkompagnie auf ein Stichwort hin, ihre Verpflegung. **Verteidiger**: Wie kann der Zeuge das alles eigentlich wissen. **Zeuge**: Ich habe mir stets Notizen gemacht. Ich kann ja zugeben, daß ich Tagebuch führe. **Verteidiger**: Als der Zeuge im Kilian-Prozeß nach seinem Verdienst gefragt wurde antwortete er: Ich bin von Haus aus so gestellt, daß ich leben kann, ohne zu arbeiten. **Zeuge**: Dann versteht Herr Rechtsanwalt mein Deutsch schlecht, ich habe nicht gesagt: von Haus aus, sondern: von zu Hause. **Verteidiger**: Damit steht aber im Widerspruch, daß der Zeuge monatlich 400 Mk. aus bestimmter Quelle bezogen hat. **Weider** bestreitet entschieden, vor dem 1. März zur Gegenpartei übergegangen zu sein.

Vor seiner weiteren Vernehmung läßt Hartung durch den Gerichtsdiener dem Vors. einen Antrag zustellen, daß nämlich die Akten betreff des Verfahrens, das gegen ihn schwebt, nicht durchgesprochen werden. Das Gericht glaubt aber nicht, davon absehen zu können, da nur auf diese Weise die Glaubwürdigkeit des Zeugen nachgeprüft werden kann. Hartung streitet ab, vor dem 15. Februar Dienst im Auftrag der Garde-Kavallerie-Schützen-Division getan zu haben. Als ihm ein Ausweis vorgelegt wird, nach dem dem „Vizefeldwebel“ Hartung Mitglied der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, alle Behörden die weitgehendste Unterstützung angedeihen lassen sollen, erklärt er den **Ausweis für gefälscht**. **Hartung**: Ich habe keinen Auftrag von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division erhalten. Von den Steckbriefen gegen bekannte Kommunisten habe ich Abschriften angefertigt, um sie verhaften zu können. Das Gericht beschließt die Vorladung des Polizeiwachtmeisters **Thullius**, der seiner Zeit das Protokoll über die Vernehmung Hartungs betreffend der Vorgänge in der „Saale-Zeitung“ aufgenommen hat, darin heißt es entgegen seinen jetzigen Zeugenaussagen: Ich habe von keinem Aufträge zur Vernichtung der Flugblätter erhalten. **Vors.**: Beruht denn nun eigentlich die Verteidigungsschrift, die Sie an den Staatsanwalt gesandt haben, auf Wahrheit? **Hartung**: Nein, was ich darin geschrieben habe, stimmt nicht. **Vors.**: Sind Sie in die Matrosenkompagnie eingetreten, um gegen Ferchlandt Material zu sammeln? **Hartung**: Nein. Wenn ich das getan hätte, könnte ich es doch ruhig sagen. Denn das würde mich nur entlasten. **Vors.**: Warum haben Sie aber eigentlich diese Behauptungen in der Verteidigungsschrift niedergelegt? **Hartung**: Ich habe nur auf Befehl gehandelt. Ich möchte noch feststellen, Herr Vorsitzender, daß man mir bei meiner Vernehmung gesagt hat, die Aussagen kämen nicht an die Oeffentlichkeit. **Vors.**: Es ist aber unumgänglich notwendig, daß diese Akten verlesen werden. Sie haben sich hier schon am 7. Januar selbst als Spitzel bezeichnet, stimmt diese Aussage? **Hartung**: Nein, ich habe den Untersuchungsrichter belogen. **Vors.**: Was sollen wir Ihnen denn nun glauben? **Hartung**: Darauf kann ich Ihnen nicht antworten. **Vors.**: Denn ist es wohl doch berechtigt, wenn Ihnen seitens der Verteidigung der Vorwurf gemacht wird, daß Sie Spitzeldienste geleistet haben? **Hartung**: Ich kann unzählige Zeugen aufbringen, die bekunden können, daß ich nie zu Putschen aufgereizt habe. **Anklagevertreter**: Es steht aber gleichzeitig fest, daß Hartung in gewissen Kreisen eine sehr gefürchtete Persönlichkeit gewesen sein muß, denn sonst hätte man nicht den Anschlag auf ihn gemacht. **Angekl.**: Ich bitte darum, den Zeugen zu fragen, ob er bei der Erstürmung der Kaserne des Füsilier Regiments beteiligt war? **Hartung**: Ich war dabei, habe aber nicht mit gestürmt.

Die Verhandlungen werden darauf vertagt.

9. Tag.

Zeuge Kriminalwachtmeister **Leu**: Auf meine Meldung hin sind einige von den Sicherheitssoldaten bestraft worden. **Angekl.**: Ich habe auf die Anordnung, die Schutzleute ohne Pistole Dienst tun zu lassen, keinen Einfluß gehabt. Zeuge **Leu**: Schon an dem Tage, an dem der erste bürgerliche Demonstrationszug stattfand, waren die Hotels am Riebeckplatz mit Maschinengewehren bestückt worden. Vizefeldwebel Richter und ich sind auf Grund der Vorgänge an diesem Tage aus dem Dienst geschieden. Als ich Herrn Ltn. Ferchlandt darauf aufmerksam machte, daß aus Diebstählen herrührende Gänse zu versteigern und der Erlös sicherzustellen sei, entgegenete mir der Angeklagte: „Ach was, die essen wir selber.“ Es stellte sich jedoch heraus, daß der Angeklagte die Gänse ordnungsgemäß bezahlt und für die Matrosenkompagnie verwendet hat.

Zeuge Polizeiwachtmeister **Trebinger**: Bei dem Demonstrationszug am 10. Januar hörte ich in der Nähe des Delikatessengeschäftes von Sprengel & Rink Schüsse fallen. **Angekl.**: Der Zug sollte nicht durch die Leipziger Straße geführt werden. Nach einer Vereinbarung sollte der Demonstrationszug durch die Neue Promenade nach dem Hallmarkt marschieren, da auf dem oberen Markt eine große Anzahl Arbeiter demonstrierten. Zeuge **Leu**: Die Arbeiter, die am Markt die Sicherheitssoldaten unterstützten, **waren zum großen Teil mit Knüppeln bewaffnet. Diese Knüppel müssen schon vorher verteilt worden sein.**

Zeuge **Hildebrandt**, cand. phil.: Da ich weder vom Akademischen Hilfsbund noch von dem Allgemeinen Studentenausschuß trotz meiner bedrängten Lage keine Nebenbeschäftigung erhielt, trat ich in die neu gebildete Matrosenkompagnie ein. Schirmer und ich waren zu Vertrauensleuten gewählt worden. Unsere erste Aufgabe war, Redner der verschiedenen politischen Parteien zwecks Aufklärung zu gewinnen. Der erste Redner, der sein Programm in der Matrosenkompagnie entwickelte, war der Mehrheitssozialist Adolf Thiele. Am Abend des 10. Januar war ich in einer deutschnationalen Versammlung anwesend; dort sagte der Redner, in den nächsten Tagen würden 7 Geschütze von der Artilleriekaserne heranrücken und den Wettiner Hof zusammenschießen. Aus dem Einschlag eines Schusses im Wintergarten schloß ich, daß der Standpunkt des Schützen im Bankhaus von Schweinsberg und Schröder gewesen sein mußte.

Zeuge Polizeiwachtmeister **Tullius** bekundet auf Befragen des Vors., daß er das Protokoll, das gestern hier verlesen worden ist und das die Aussagen Hartungs darüber, daß er keinen besonderen Auftrag zur Besetzung der Saale-Zeitung gehabt habe, enthält, nach Aeußerungen Hartungs abgefaßt worden ist. Im übrigen gibt der Zeuge an, daß, wer Hartung kenne, wisse, daß nichts Bestimmtes, nichts Genaues aus ihm herauszuholen ist.

Zeuge **Tröster**: Ich war Stubenältester in der Kompagnie, in der Hartung war. Hartung hetzte immerfort. Er berief Leute nach dem „Wettiner Hof“ und dort forderte er sie auf, die Saale-Zeitung zu besetzen. Nach meiner Meinung ist es auf die Initiative Hartungs zurückzuführen, daß die Zeitung besetzt wurde. Auf Frage des Vertrauensmannes Haring, wer den Befehl gegeben habe, blieb Hartung die Antwort schuldig. Er gab den Leuten Aufträge auf eigene Faust, lief von der Wache weg und dergl. Er wurde verwarnt und schied endlich aus der Kompagnie aus. Vors. fragt den Zeugen nach seiner politischen Richtung; dieser bekundet, Sozialist zu sein.

Hartung wird vorgeführt und gibt an, daß er von der Besetzung der Saale-Zeitung nicht gesprochen habe. In den Aussagen Hartungs geht, wie der Vorsitzende bemerkt, wieder alles durcheinander. Hartung schildert Vorgänge an der Reilkaserne, wo eine Handgranate geworfen war anläßlich eines Angriffs von Zivilisten auf die Kaserne. Er habe sich entfernt, will aber dann doch gesehen haben, daß die Handgranate aus dem Fenster geworfen worden sei. Ferchlandt gibt an, daß **Hartung selbst die Handgranate geworfen habe.**

Zu dem vom Zeugen Tullius aufgenommenen Protokoll erklärt Hartung nichts Bestimmtes. Er redet von allerlei anderem, sodaß der Vors. in Erregtheit ihn immer wieder darauf hinweisen muß, daß es sich um die Saale-Zeitung handle. Hartung gibt an, daß er gleich am andern Tage gegen das Protokoll Protest eingelegt habe.

Zeuge **Malordi** gibt eine Schilderung der Vorgänge bei Besetzung des Artilleriedepots durch Matrosen. Nach weiteren Darlegungen des Zeugen sind dann 200 Zivilisten im Depot gewesen und haben sich dort bewaffnet. Er ist wiederholt aufgefordert werden, Waffen herauszugeben. Es entstand in der Nacht eine Schießerei zwischen Artillerieunteroffiziere und Matrosen. Ferchlandt bekundet, daß, wenn er die Besetzung des Depots beabsichtigt hätte, eine so große Anzahl Leute geschickt haben würde, daß dies ohne Schwierigkeiten geschehen wäre. Zeugin Frau **Kohl** gibt an, daß nach einer Versammlung auf dem Markt unter Hartung, Pludra und Klaus eine Anzahl Leute nach dem Volkspark gingen und hier öffentlich bekundeten, daß die Versammlung von Abderhalden gestört und dann die Zeitungen besetzt werden sollten, um die **Flugblätter, die dort hergestellt worden waren, zu vernichten.** Hartung gibt an, daß die Aussagen eine wissentlich falsche Anschuldigung seien. Frau Kohl gibt an, daß Hartung die Tür der Hallischen Zeitung mit dem Kolben eingeschlagen und gesagt habe, daß die Zeitung zur Strafe die Rote Fahne drucken müsse. Gemäß Beschluß des Gerichts wird die Frau Kohl für unglaubwürdig erklärt und nicht vereidigt.

Zeuge **Häckel** bekundet, gesehen zu haben, daß Zeuge Hartung an dem Demonstrationstage der Bürgerlichen hinter dem im Hohenzollernhof, in einem Erkerfenster, aufgestellten Maschinengewehr gestanden habe und zwar in der Mitte, direkt hinter dem Maschinengewehr, sodaß man annehmen mußte, er bediene das Gewehr, er schieße. Zeuge Häckel gibt weiter an, daß Hartung nicht nur an jenem Tage, sondern auch an anderen Tagen sich mit dem Maschinengewehr beschäftigte. Hartung habe sich öffentlich damit gebrüstet, die ersten Schüsse in den Demonstrationszug abgegeben zu haben. Zeuge nennt noch verschiedene Personen, die diese Aussagen bestätigen können. Die Verteidigung beantragt Ladung dieser Personen. Hartung bekundet, am Tage der Demonstration einen Ohnmachtsanfall gehabt zu haben.

Zeuge **Pfeiffer** wirft den Zeugen Winkler Unwahrheit vor. Zeuge Winkler protestiert gegen diese Aussage. Zeuge Weider bekundet gleich Winkler, gesehen zu haben, daß Pfeiffer in der Charlottenschule Zivilisten in der Bedienung von Maschinengewehren ausgebildet habe. Pfeiffer bestreitet das. Kriegsgerichtsrat **Wolff** wirft ein, daß es sich vielleicht um Matrosen in Zivil gehandelt haben könne. Zeuge Pfeiffer entgegnet, daß er niemals 3—4 Personen am Maschinengewehr gehabt habe. Auch habe er den Zeugen Weider niemals in einem der Zimmer gesehen. Verteidiger **Müller** beantragt die Vereidigung des Zeugen Pfeiffer. **Weider bekundet, gesehen zu haben, daß Gewehre an Zivilisten im Wettiner Hof ausgegeben worden sind;** Pfeiffer habe sie vom Balkon herab in Empfang genommen und unten im Hofe ausgeteilt. Pfeiffer erklärt, nur an Leute in Uniform Gewehre ausgegeben zu haben; ob sich darunter Zivilisten in Uniform befunden haben, kann er nicht angeben. Pfeiffer gibt an, daß er dienstlich verpflichtet war, Gewehre aller Art auszubessern und wieder an die Ausgabestellen zurückzugeben. (Es tritt eine Pause ein.)

Zeuge **Klaus** wird vorgeführt. **Angekl.**: Man will also den Mann, der an der **Ermordung Mesebergs, eines meiner besten Freunde**, beteiligt ist, gegen mich als Zeugen verwenden? **Vors.**: Was denn sonst? Das ist Ihnen doch bekannt. **Angekl.** schweigt. Der Zeuge **Klaus** schildert die Besetzung der Hall. Ztg. Danach soll der Angeklagte schon vor der Versammlung der Unteroffiziere im Nikolaus in der Hall. Ztg. gewesen sein, während der Angekl. erst nachher, nachdem er von der Besetzung der Zeitung gehört hatte, mit Lt. Gruner im Auto hingefahren sein will. Klaus gibt an, daß der Angeklagte dreimal in der Hall. Ztg. gewesen sei. Auch habe der Angekl. durch den Matrosen Bretz 30—40 Zivilisten verpflegen lassen. Ferchlandt habe auch Befehl gegeben den St. Nikolaus zu umstellen. Zeuge **Henne** bestreitet das entschieden. Es sollen in dieser Sache noch zwei Zeugen geladen werden. Zeuge Klaus weiß auch zu berichten von Mißhandlungen eines Unteroffiziers und **Vernichtung eines Telegramms Noskes.** Zeuge Henne bestreitet auch dies. Uebrigens liegt das Telegramm noch heute vor. Es entwickelt sich eine längere Auseinandersetzung über das Nosketelegramm. Henne soll das in der Nacht eingegangene Telegramm vor versammelter Mannschaft verlesen und denn erklärt haben, daß es verbrannt werden müsse. Henne bestreitet es.

Zeuge **Reeder** bringt zum Ausdruck, daß der Angeklagte vor der Revolution weit rechts gerichtet gewesen sei, sodaß er sich über den Sinneswechsel des Angekl. nach der Revolution sehr gewundert habe.

Hartung wird über die Aussagen des Klaus hinsichtlich des Telegramms vernommen; seine Aussagen decken sich mit denen des Klaus.

Klaus sagt aus, Henne habe eine Anzahl Leute nach der Artilleriekaserne geführt. Henne bestreitet dies. Zur Klärung soll ein weiterer Zeuge geladen werden. Klaus sagt weiter aus, daß außer der Löhnung **Gelder an die Matrosen verteilt** worden wären. Klaus bestreitet entschieden, im Bankhause Schweinsberg und Schröder gewesen zu sein, während Ferchlandt und Herne es behaupten. Weider bekundet, daß Klaus tatsächlich in dem Bankhause gewesen sei. Wegen Kundgebungen läßt der Vorsitzende die Zuschauerplätze räumen. Klaus sagt weiter aus, daß Ferchlandt die Wahlen habe stören lassen wollen; Ferchlandt weist diese Beschuldigung, wie auch die andere, entschieden zurück. Klaus bekundet dann noch, Ferchlandt habe Offiziere stoßen und durchprügeln lassen. Der Verteidiger bemerkt, daß diese Behauptung schon im Kilianprozeß als falsch erwiesen worden sei.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

Unter der Anklage auf Totschlag.

Schwurgericht.

In der Schwurgerichtssitzung vom Dienstag unter dem Vorsitz des Landrichters **Rißner** wurden folgende Geschworene ausgelost: Klempnermeister Karl **Brecht**, Halle; Kaufmann Richard **Bohne**, Halle; Malermeister Alfred **Herrmann**, Halle; (Obmann); Landwirt Paul **Wilde**, Rabatz; Gutsbesitzer Holdheim **Brandt**, Untermaschwitz; Schneidermeister Hugo **Arndt**, Halle; Photograph Kurt **Sachse**, Halle; Obersteiger Bruno **Diepe**, Ösmünde; Bauunternehmer Albert **Dittmar**, Nietleben; Bäckermeister Gustav **Haedicke**, Halle; Kaufmann Karl **Dauer**, Halle; Inspektor Oskar **Stordeur**, Nietleben. Die Anklage vertrat Assessor Dr. **Müller**, während für den Angeklagten Rechtsanwalt **Radebach** erschienen war. Als Sachverständiger fungierte Prof. **Schultze**.

Wegen Totschlags und unbefugten Besitz von Waffen hatte sich der Glaser Franz **Bartholomäus**, geb. 1891, aus Atzendorf bei Merseburg, zu verantworten. Der unbestrafte Angeklagte hatte im Jahre 1919 eine Witwe Beier mit 2 Kindern geheiratet. Der Gegenvormund der beiden Kinder war der Maurerpolier **Voigt**. Bartholomäus und Voigt, die anfangs gute Freunde, kamen später auseinander, da Voigt der Frau Bartholomäus nachstellte und ihr durch zwei Briefe drohte. Schon vor Jahren soll Voigt dem Bartholomäus angegeben haben, daß sie Abtreibung vorgenommen habe. Die Beschuldigungen stellten sich später aber als unwahr heraus. Bartholomäus drohte nun acht Tage vor der Tat den Voigt zu töten, selbst wenn er eingesperrt würde, da dieser seine Ehe bedrohe. In der Nacht am 22. September 1919 ist nun Bartholomäus auf sein Feld gegangen, hat plötzlich seinen Hund anschlagen hören und kehrte daher nach seinem Gehöft zurück. Hier sprang ihm Voigt entgegen, auf den er einen Schuß abfeuerte und mit einem Stock einschlug; Voigt war auf der Stelle tot. Bartholomäus will den Voigt nicht erkannt haben, sondern für einen Einbrecher gehalten haben und will in Notwehr gewesen sein. Dem Angeklagten wurde von den Zeugen ein günstiges Zeugnis ausgestellt, während es für Voigt weniger gut ausfiel. Dieser hatte einmal geäußert, daß er Bartholomäus eins auswischen wolle.

Die Geschworenen **verneinten** die Frage nach Totschlag, bejahten dagegen die nach unbefugten Waffenbesitz. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 Mark, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wird. Im übrigen erfolgte Freisprechung.

Hamlet, der Tatmensch.

Im „Künstlerverein auf dem Pflug“ sprach am Sonnabend Emil **Kassel** über das eigenartige Thema: „Hamlet, der Tatmensch“. Bisher wurde Hamlet von den deutschen Kritikern nur als Träumer und Trottel hingestellt, der niemals die Tat wagt, die seine Aufgabe von ihm verlangt. Und doch ist es — nach Kassel — anders! Hamlet findet „etwas faul im Staate Dänemark“, denn er sieht, wie kurz nach seines Vaters Tode dessen Bruder zusammen mit seiner Mutter den Thron besteigt. Er empfindet es als Blutschande, doch das Volk und der Hof stehen auf Seiten des Königs. Düstere Ahnungen umspinnen ihn und werden durch das Gespräch mit dem Geiste seines Vaters bestärkt. Alle anderen zittern vor dem Gespenst, nur Hamlet wagt die Tat, allein mit ihm zu sprechen. Der Geist verlangt nun von Hamlet nie sein Herz zu beflecken und Hamlets Mutter zu schonen. Jetzt weiß Hamlet von dem Mord und dem Ehebruch des Königs. Was tut nun Hamlet? Er zerbricht seine Jugend, nebst seinen Beziehungen zu seiner Mutter und spielt mit gutem Wissen den Irren. Er selbst sagt es einmal: „Ich lege jetzt verändert Wesen an . . .“ Ist das keine Tat? Ist das ein Träumer oder gar ein Trottel? Wäre er vorgegangen, wie es die Kritiker wollten, so hätte Hamlet den König einfach getötet und dieser hätte als Märtyrer, er selbst als gemeiner Mörder dagestanden; denn der Geist hatte nur mit Hamlet gesprochen! Acht Wochen vergehen ohne Handeln. Da erscheinen die Schauspieler, Horatio wird eingeweiht und als der König zum Spiel erscheint, ist er tödlich getroffen. War dies Unternehmen keine Tat? Wieder wird Hamlet Schwäche vorgeworfen, weil er den betenden König nicht niedersticht. Der König hat versucht zu beten, er kann es nicht vollbringen, doch Hamlet glaubt, er habe gebetet und wenn er jetzt zustieße, würde er ihn vor der Hölle bewahren. Er unterläßt es also und vollbringt damit wieder eine große Tat. Eine Parallele ist noch durch Laërtes gegeben. Wir haben zwei tote Väter und zwei rächende Söhne. Laërtes läßt sich zur Rache hinreißen wie sie die Kritiker wollten, nicht zum ehrlichen Rachewerk, sondern mit Gift will er Hamlet töten. Der Ausklang der Tragödie! Zu Beginn war der Hof und das Volk gegen Hamlet aufgebracht und am Schluß sind alle gegen den König und Hamlet wird im Tode gefeiert. Hamlet hat also das Werk so vollendet, wie es der Geist seines Vaters von ihm gefordert hatte. Er hat die Tat vollbracht, die von ihm verlangt wurde. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine sehr interessanten Ausführungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200115012/fragment/page=0003

Stadttheater. Infolge Indisposition mußte Kammersänger Walter Kirchhoff heute absagen. An seiner Stelle singt Kammersänger Fritz Vogelstrom die Partie des Tristan in der heutigen Vorstellung.

Niemand versäume den Klavierabend von Paul Schramm heute, Donnerstag, im Mozartsaal. Er muß der Beachtung aller Musikfreunde nochmals empfohlen werden! Paul Schramm zählt heute nicht allein zu den glänzendsten Virtuosen, sondern auch zu den hervorragendsten Musikern unter den Meistern des Klavierspiels.

Wärmstens empfohlen sei der Kunstgenuß, der — zugunsten der vertriebenen Elsaß-Lothringer! — die beiden rühmlichst bekannten Leipziger Sängerinnen Margarete und Gertrud Rößner in Form eines Operettenabends am 23. Januar um ½8 Uhr im Thaliasaale bieten werden. Denn der so sehr gute Zweck und die vortrefflichen Leistungen des Geschwisterpaares Rößner machen den Besuch des Konzertes gewissermaßen zur Pflicht jedes Musikfreundes. Karten hole man sich wegen der starken Nachfrage bald von Hothan.

Handwerkermeister-Verein. Am Freitag, 16. Jan., abends ½8 Uhr beruft der Verein nach dem „St. Nikolaus" eine Versammlung, in der über die neuen Steuergesetze sowie Steuerdruck und Steuernot des Handwerks gesprochen werden soll. Außerdem hat sich Herr Domprediger Lic. Baumann bereit erklärt, über die sehr nötige und dringende Frage der Wahl der Elternbeiräte in Preußen zu sprechen.

Hallischer Lehrerverein. Am Freitag, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr findet im Festsaal der Talamtschule eine Vereinsversammlung statt, in welcher Seminaroberlehrer Prof. Itschner-Weimar über: „Geschichtsunterricht im Sinne der Verfassung" sprechen wird. Gäste sind willkommen.

Akademische Vereinigung. Am Freitag, den 16. Jan., abends 8 Uhr wird im Auditorium maximum der Universität (Melanchthonianum) der Mineraloge unserer Universität Prof. Dr. von Wolff einen aus seinem Forschungsgebiet geschöpften Lichtbildervortrag über „Vulkane und Vulkanausbrüche" halten.

Diebstahl. In der Nacht vom 13. zum 14. d. Mts. wurde in einer Fabrik in der Nannischen Straße ein Einbruch verübt. Es wurden gestohlen außer einigen Treibriemen zwei Drehstrommotore mit Kurzschlußanker 1,5 PS, Fabrikat A. E. G. Nr. 2 136 345 D 20/4 A 220—380 Volt 1420 n und Fabrikat Conz Nr. 65 541 120—220 Volt 1500 n. Vor Ankauf der durch die Nummern jederzeit erkenntlichen Motoren wird gewarnt und es wird gebeten, Mitteilungen über den Verbleib bei etwaigen Angeboten an die Kriminalpolizei Halle (Polizeihauptgebäude) zu richten.

Provinzial-Nachrichten.

() **Rothenschirmbach,** 14. Januar. (Das Fest der diamantenen Hochzeit) feiert am 15. Januar in seltener Frische das Ferdinand Reinsche Ehepaar. Der Gatte ist 85, die Gattin 83 Jahre alt.

Zerbst, 14. Januar. (Zum Stadtrat) an Stelle des scheidenden Stadtrats **Dr. May wurde einstimmig Dr. Korpitsch** aus Berlin gewählt. **Der neue Stadtrat war bisher bei der** Reichsgemüsestelle tätig.

Bernburg, 14. Januar. (Vom Pferde totgetreten.) Gestern morgen kamen auf dem Güterbahnhof zwei Pferde für eine hiesige Firma an. Beim Oeffnen des Wagens wurde der Begleiter tot am Boden liegend vorgefunden. Wie verlautet, sollen die Pferde, die durch Rangieren scheu gemacht worden waren und sich überschlagen haben, den Pferdewärter tot getreten haben. Der Tote ist der Roßschlächter Karnstedt aus Hettstedt.

Cöthen, 14. Januar. (Einem Schwindler) fiel ein hiesiger Delikatessenhändler in die Hände, der ein Angebot von einem Reisenden der angeblichen Margarine-Fabrik Jürgen & Prinzen-Halle über Margarine erhielt. Er bestellte bei dem Reisenden am 8. d. Mts. 2 Zentner Margarine; der Auftrag wurde sofort schriftlich bestätigt. Am 10. d. Mts. ging bei ihm von Halle ein Telegramm ein, daß die Margarine als Expreß unter Nachnahme abgesandt sei. Nachmittags desselben Tages, gegen 5 Uhr, erschien im Geschäft des Bestellers ein junger Mann in feldgrauer Uniform mit einer Postmütze und präsentierte vier Nachnahme-Paketadressen in Höhe von 2400 Mark mit dem Bemerken, daß die Pakete von der Post abgeholt werden könnten. Im Drange des Geschäfts prüfte der Empfänger die sehr gut gefälschten Nachnahme-Adressen, die den Abgangsstempel Halle tragen, nicht genauer. Als er zur Post kam, wurde ihm der Bescheid, daß keine Margarinesendung unter Nachnahme eingegangen und die Nachnahme-Adressen gefälscht seien. Inzwischen war der Schwindler mit den 2400 Mark verschwunden.

? **Aus der Altmark,** 14. Januar. (Amor, Klapperstorch und Sensemann) haben im Bezirke des Standesamtes Brunau während des vergangenen Jahres Hand in Hand gearbeitet. Die Statistik des Standesamtes verzeichnet 27 Eheschließungen im vergangenen Jahre, 27 Erdenbürger erblickten das Licht der Welt und 27 Personen wurden durch den Tod abberufen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

V. f. L. (Halle). Sonntag, den 18. Januar, spielen folgende Mannschaften: Liga—Sportfreunde-Liga ½3 Uhr Verbandsspiel (Sportfreundeplatz). II—Eintracht II-Halle ½3 Uhr (Sportplatz am Zoo). IV—Wacker IV-Halle 1 Uhr Verbandsspiel (Wackerplatz). 2. Sondermannschaft—Sportbrüder III-Halle 10 Uhr vorm (Sandanger). Jugend: I—98I 9,30 Uhr vorm. (Sportplatz am Zoo), II—Bor. II 11 Uhr vorm. Verbandsspiel (Sportpl. am Zoo), III—Teutonia I 10 Uhr vorm. (Brandberge). Schüler: I—Bor. I 10 Uhr vorm. Verbandsspiel (Borussiaplatz), II—Lettin I 9,30 Uhr vorm. (Brandberge).

Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr im Vereinsheim Angerweg 24 Hauptversammlung; am gleichen Tage nachm. 5 Uhr ebendort Versammlung der Jugendabteilung.

Freitag, den 16. Jan., abends 9 Uhr Versammlung der Turnabteilung im „Mars la Tour", Große Ulrichstr. 10.

Vermischtes.

Hochwasser in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 14. Januar. Der Main ist letzte Nacht so erheblich gestiegen, daß die tiefer gelegenen Stadtteile, namentlich in der Altstadt, in großer Hast geräumt werden mußten. In der Schiffer- und in der Metzgergasse drangen die Fluten in die unteren Stockwerte. Nach den vorliegenden Meldungen dürfte das Wasser noch mindestens 1 Meter steigen. Der höchste Wasserstand wird für Donnerstag abend erwartet. Seit 1882 hat Frankfurt ein derartiges Hochwasser nicht erlebt.

Die Wohltäterin des Riesengebirges. Eine nicht ganz unoriginelle Hochstaplerin ist in Berlin aufgespürt worden, als sie sich hier als Einmiete-Diebin betätigte. Der Verhaftung hat sie sich aber bisher zu entziehen gewußt. In den Kurorten des Riesengebirges trat eine Frau Anna Berthold, geb. v. Wunk-Liepinski, Rittergutsbesitzerin usw., auf, die sich durch ihr gutes Herz für die Armen des Riesengebirges Vertrauen zu verschaffen wußte. Sie regte beständig Sammlungen an, eröffnete Kollekten, „half" aber auch Einzelpersonen. So lieh sie einem Hoteldirektor „kontraktlich" 200 000 M, damit er sich selbständig machen könne, blieb dafür aber die Zeche schuldig, und borgte von ihm noch bare Summen, so daß er um 8000 M geschädigt ist. Ferner verlobte sie sich auf Grund einer Todesanzeige ihres Mannes, des Rittergutsbesitzers, mit einem Eisenbahnbeamten, der für sie 9000 M ausgab. Die Schwindlerin ist festgestellt als ein 37jähriges, oft vorbestraftes Straßenmädchen Anna Berthold aus Lissa in Posen.

Lenins Propagandazug. Das schwedische linkssozialistische Blatt „Folkets Dageblad Politiken" melden: Den „Lenin-Zug" nennen die russischen Bauern und Arbeiter einen Eisenbahnzug, der kürzlich nach einer Propagandareise durch Westrußland nach Moskau zurückkehrte. Dieser Zug besteht aus 15 Waggons mit revolutionären bunten Bildern und Aufschriften. Im Zug befindet sich ein Kinematograph, eine Buchhandlung und ein Telegraphenbureau, das auf jeder Station die neuesten Nachrichten aushängt und Telegramme ausgibt. Im Zuge arbeiten Vertreter fast aller Volkskommissare und ein Agitationsstab. Der Zug befand sich zwei Monate lang unterwegs, fuhr von Pskow und Witebsk nach Lettland und Litauen und dann sogar bis Charkow. Ueberall wurden Tausende von Flugblättern und Aufrufen ausgeworfen, wurden Volksversammlungen einberufen und Vorträge gehalten. Von den Dächern der Waggons herab wurden Reden gehalten und die frischen Aufrufe, die in der Buchabteilung hergestellt waren, unter das Volk geworfen. Auf manchen Stationen wurde dem Lenin-Zug ein feierlicher Empfang bereitet. Gegenwärtig werden noch fünf andere derartige Züge und mehrere Dampfer vorbereitet, die auf der Wolga und ihren Nebenflüssen fahren werden. In Gegenden, die weder von der Eisenbahn noch auf dem Wasserweg zu erreichen sind, werden Lastautomobile geschickt. Ein Zug, genannt „Die Revolution des November" wird nach Mittelrußland und in das Dongebiet entsandt, zwei andere, „Der Kommunist" und „Die Rote Armee", sind schon reisefertig.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Düngemittelmarkt.

Mangel an hochprozentigen Kalisalzen. — Unerledigte Aufträge aus Oktober 1918. — Vor neuer Preiserhöhung für Thomasmehl.

Auf Grund von Mitteilungen der Zentralgenossenschaft zum Bezuge landwirtschaftlicher Bedarfsartikel wird uns berichtet: In hochprozentigen Salzen, d. h. Kalisalze 40—42 Prozent und Chlorkalium 50—53 Prozent, herrscht außerordentlicher Mangel. Die schwere Kohlennot hindert die Kaliwerke, die Erzeugung in solchen hochprozentigen Salzen zu verstärken, ja die Werke müssen ihre Erzeugung immer mehr auf Kalidüngesalz 20—22 Prozent beschränken. Unerledigte Aufträge liegen für hochprozentige Salze noch aus Oktober 1918 vor. Um nicht weitere Verzögerungen eintreten zu lassen, wird empfohlen, dem Kalisyndikat freie Hand zu lassen, alle vor dem 1. Oktober 1919 erteilten Bestellungen auf hochprozentige Salze auch in Kalidüngesalz 20—22 Prozent erledigen zu dürfen. In den Abladeverhältnissen ist auch keine Besserung zu verzeichnen. Die Lieferfristen haben verlängert werden müssen. Wie zurzeit die Aufträge auf hochprozentige Salze aus dem Oktober 1918 zur Erledigung kommen, so sind jetzt die Aufträge auf Kainit aus dem Februar 1919 an der Reihe. Sofern nicht unvorhergesehene auf die Erzeugung wie auf die Verladung günstig einwirkende Verhältnisse eintreten, dürfte die deutsche Landwirtschaft auch im Jahre 1920 wieder sehr spärlich mit Kalisalzen beliefert werden.

Den Thomasschlackenwerken ist es ebenfalls durch den Kohlen- und Wagenmangel nicht möglich gewesen, die für 1919 bestimmten Mengen bis zum Jahresschluß auf den Weg zu bringen. Die Vereinigung der Schlackenwerke will aber, wozu sie nach ihrem Verhalt berechtigt wäre, die unerledigten Mengen nicht ohne weiteres streichen, sondern erklärt sich bereit, die Rückstände aus 1919 in diesem Jahre zu den dann geltenden Preisen und Bedingungen nachzuliefern. Es ist mit Sicherheit mit einer ganz bedeutenden Preiserhöhung für Thomasmehl zu rechnen, die rückwirkende Kraft ab 1. Januar erhalten wird.

Was Düngekalk anlangt, so kommen kaum nennenswerte Mengen von gebranntem Stückenkalk zum Versand. Die unerledigten Aufträge haben sich so gehäuft, daß die Werke neue Abrufe nicht annehmen; zudem erwartet man eine neue Sperre für Düngekalk. Kalkmergel ist in genügender Menge zu haben, dagegen verlangt Torfstreu längere Lieferfrist. Auch hier haben sich die Rückstände infolge des Wagenmangels sehr gehäuft; die Werke sind fast durchweg gezwungen, eine Lieferfrist von zwölf Wochen zu verlangen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 14. Januar. Der gestrige ziemlich empfindliche Rückschlag in den bevorzugten Werten war bei Eröffnung der Börse vollkommen ausgeglichen, da starke Kaufaufträge von kapitalkräftigen Kreisen und vom Auslande vorlagen und die Spekulation daraufhin zurückkaufte und ferner auch, weil man glaubte, daß es dank der getroffenen Maßnahmen nicht zu einer Wiederholung der beklagenswerten gestrigen Vorkommnisse kommen werde. Bei angeregtem Geschäft gingen Montanwerte über ihren gestrigen Höchstkurs zumeist noch hinaus, sodaß sich Besserungen bis zu 10 Prozent und für Harpener sogar 20 Prozent ergaben. Auch auf Schiffahrtsaktien griff die steigende Bewegung über und hier führte Hansa mit einer 17prozentigen Steigerung, während die Steigerung für die anderen gleichartigen Werte weitaus geringer war. Wegen der erneuten Verschlechterung der Markvaluta wurden ausländische Werte kräftig gebessert, so besonders Schantung, dann aber auch amerikanische Bahnaktien und die deutschen Papiere mit Valutacharakter, wie Steaua und Deutsch-Ueberseе-Aktien. Farbwerte schlossen sich der steigenden Bewegung mit Besserungen bis zu 8 Prozent an. Spezialwerte mit solchen bis zu 10 Prozent und auch Kolonialwerte waren zumeist gebessert, wobei Südsee-Phosphat zeitweilig den Höchstkurs erreichte. Heimische, österreichische und ungarische Rentenwerte waren wenig verändert. Mexikaner waren nach den Vorgängen der letzten Zeit kräftig erholt, wenn auch die Kursbesserung im Verlaufe auf den tonangebenden Märkten nicht überall aufrechterhalten werden konnte so blieb doch die Grundstimmung bei angeregtem Geschäft durchweg fest.

Devisenkurse.

Berlin 14. Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse im Vergleich zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	2028,50	2031,50	1938,50	1941,50
Dänemark	100 Kr.	964,25	965,75	934,25	935,75
Schweden	100 Kr	—,—	—,—	—,—	—,—
Norwegen	100 Kr.	1029,25	1030,75	—,—	—,—
Schweiz	100 Fr.	959,25	96[illegible],75	914,25	915,75
Wien, altes		[illegible]6,45	26,5[illegible]	26,95	27,05
Oesterreich, abgest.		22,70	22,80	21,95	22,05
Prag		76,65	76,85	76,05	76,85
Ungarn		26,70	26,80	25,95	26,05

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund

Spanien Geld 1009,25 Brief 1010,75 für 100 Pesetas

Helsingfors —,— —,— Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 14. Januar. Die Haferpreise stiegen infolge geringen Angebots noch weiter. Hier beobachten die Käufer zwar mehr Vorsicht, doch von auswärts wurde viel gekauft. Für Hülsenfrüchte erhält sich die feste Haltung. Für Peluschken und Pferdebohnen sind die Stadtgemeinden Käufer. Auch Lupinen mußten wieder teurer bezahlt werden. Heu und Stroh bedangen hohe Preise. Wetter trübe.

Wiedereinführung des Terminhandels. Der Vorstand der Frankfurter Börse hat beschlossen, in Frankfurt am Main den Terminhandel wieder einzuführen. Es finden noch Erwägungen statt, ob der Ultimohandel in der früheren Form stattfinden oder ob man zu der in London üblichen Art der Medioabwicklung greifen wird. — Auch der Berliner Börsenvorstand wird sich in den nächsten Tagen mit der Frage der Wiedereinführung des Terminhandels beschäftigen.

Preiserhöhung für Kupferbleche. Der deutsche Kupferblechverband hat die Verkaufspreise für Kupferbleche abermals um 138 auf 2986 Mark für den Doppelzentner erhöht.

Das deutsche Abflußrohrsyndikat hat die Preise für gußeiserne Abflußrohre um 800 auf 3340 Mark pro Tonne erhöht.

Mechanische Weberei A.-G. in Zittau. Der Aufsichtsrat beschloß, einer zum 4. Februar d. J. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 1,8 auf 3,6 Mill. Mark in Vorschlag zu bringen. Die neuen Aktien sollen den alten Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 132 Prozent, mit voller Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr angeboten werden.

A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen. Die Generalversammlung beschloß zur Sicherung des deutschen Charakters der Gesellschaft die Kapitalserhöhung um 2,4 Mill. Mk. Vorzugsaktien, welche konsolidiert bleiben soll. Für 1919 dürfe mit einem immerhin befriedigenden Ergebnis gerechnet werden. (Für 1918 waren 6 Prozent Dividende zur Ausschüttung gelangt.)

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 6 auf 18 Mill. Mk. Die neuen Aktien werden von dem Konsortium der Berliner Handelsgesellschaft zum Parikurs übernommen mit der Verpflichtung, davon 4 Mill. Mk. den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1:3 zum Kurse von 110 anzubieten. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar d. Js. an der Dividende teil. 2 Mill. Mk. neuer Aktien sollen von dem Konsortium bestmöglichst unter Gewinnbeteiligung der Gesellschaft verwertet werden. Die neuen Mittel dienen zur Verstärkung der Betriebsmittel. Der Geldbedarf ist zurzeit noch nicht dringend, doch sei eine weitere Steigerung der Rohmaterialpreise zu erwarten.

Alkaliwerke Sigmundshall A.-G. in Bokeloh bei Wunstorf. Die Verwaltung schlägt aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1918/19 auf 3½ Mill. Mk. Aktienkapital wieder 8 Prozent Dividende vor. Der restliche Gewinn einschließlich Vortrag mit 426 121 Mk. sowie der allgemeine Reservefonds in Höhe von 382 336 Mk. sollen zu Abschreibungen auf das Beteiligungskonto „Gewerkschaft Weser", das in der Bilanz per 30. September 1918 mit 1 048 458 Mk. aufgeführt wurde, verwendet werden.

Berliner Börse

vom 14. Januar 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem Griesheim	283,50
4% Dtsch. Schatzsch VI—IX	73,00	Chem. Heyden	3[illegible]6,50
5% Dtsch. Reichsanl.	77,50	Consolidation Schalk	891,00
4% "	64,40	Cröllwitzer Papierfbk	—
3½% "	59,10	Daimler Motoren	27[illegible],00
3% "	64,60	Deutsche Luxemburg	247,25
4% Preuß. Konsols	64,00	Deutsche Uebersee-Elektr.	732,50
3½% "	56,25	Deutsche Erdöl	843,00
3% "	51,10	Deutsche Gasglühl.	8120,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—	Deutsche Kali	276,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Waffen und Mun.	267,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	102,00	Donnersmarckhütte	284,75
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	96,80	Döring & Lehrmann	171,00
3½% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	—	Dürrkoppwerk	375,00
4½% Dess. Gas Oblig	—	Engelhardt-Brauerei	243,00
4% Dessauer Gas Obl.	—	Elberfelder Farben	527,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guilleaume	287,00
4% Oesterr. Kronenrente	24,50	Gasmotoren Deutz	165,00
4% Ungar. Goldrente	65,00	Gebhard & Co.	—
4% Ungar. Kronenrente	32,50	Gebhard & König	190,50
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	352,00
Halberst.-Blankenb.	—	Glauziger-Zuckerfbk	336,25
Halle-Hettstedter	69,00	Hallesche Maschfbk.	49[illegible],00
Schantungbahn	600,00	Hann Masch.	4[illegible]7,00
Allg. Lokal-Str	129,75	Harpener Berg	3[illegible]4,00
Gr. Berl. Str.	127,12	Hasper Eisen	3[illegible]9,50
Magdeburger Str.-B.	—	Hirsch Kupfer	29[illegible],00
Prinz-Heinrich-B.	—	Höchster Farbwerke	304,50
Orientbahn	584,00	Hoesch Eisen u. Stahl	323,25
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	190,00
Hambg. Paketfahrt	132,00	Humboldt Masch.	175,00
Hambg. Südamerika	245,00	Ilse Bergbau	405,00
Hansa-Dampfschiff.	40[illegible],00	Kahla Porzellan	4[illegible]6,00
Nordd. Lloyd	150,00	Kaliw. Aschersleben	297,00
Bank-Aktien:		Körb sd. Zucker-Akt	230,00
Bank i. Thür	138,25	Kyffhäuserhütte	180,00
Berl. Handelsges.	167,00	Lahmeyer & Co.	159,00
Commerz-Diskontobank	133,50	Lauchhammer	210,00
Darmstädter Bank	128,50	Laurahütte	212,00
Dessauische Landesbank	110,00	Linke & Hofmann	430,00
Deutsche Bank	275,00	Ludwig Loewe & Co	283,00
Diskonto-Comm.	187,00	Lothringer Hütte	266,00
Dresdner Bank	160,00	Mannesmannröhren	280,00
Leipzig. Credit-Anst.	144,87	Masch.-Fabr. Buckau	19[illegible],00
Mitteld. Kreditbank	132,00	Oberschl. Eisenb.-Bd	19[illegible],25
Mitteld. Privatbank	—	do Caro Heg.	214,50
Nationalbank	130,75	do Kokswerke	324,00
Oesterr. Kredit	109,50	Orenstein & Koppel	252,75
Reichsbank	144,00	Phönix Berg	314,75
Industrie-Aktien:		Rhein Metall-Vorz.	212,50
Schultheiss-Brauerei	248,00	Rhein. Stahlwaren	244,00
Akt. f. Anilin	28[illegible],00	Riebeck. Montan	297,50
Allgem. Elektr. Ges.	258,37	Rombacher Hütten	260,[illegible]0
Ammendorfer Papierfabrik	600,00	Rositzer Braunk.	226,00
Anhalter Kohlenw.	245,00	Rositzer Zucker	181,00
Annaberger Steingut	279,00	Sangerhäuser Masch.	
Badische Anilin	439,75	Hugo Schneider A.-G.	229,75
Bergmann Elekt. Akt.	210,50	Schuckert & Co.	176,00
Berl. Masch.-Bau	255,00	Siemens & Halske	—
Bismarckhütte	3[illegible]6,00	Stettiner Cham.	261,00
Bochumer Gußstahl	265,00	Stettiner Vulkan	239,75
Chem.-Fabr. Buckau	—	Stollberger Zinkh.	251,50
		Strals. Spielkarten	159,00
		Thale-Eisenhütte	345,00
		Triptis Porzellan	212,00
		Türk Tabakregie	—
		Ver. Köln-Rottweiler	268,12
		Ver Glanzstoff	840,00
		Wegelin & Hübner	174,50
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	374,50
		Wittener Gußstahl	332,00
		Wrede Mälzerei	112,00
		Zeitzer Masch.	508,00
		Zellstoff Waldhof	311,00
		Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 14. Januar 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	192,00
Leipziger Mälzfabrik, Schkeuditz	112,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann. Halle	169,00
Mansfelder Gewerkschaft	1860,00
Portland, Zementfabrik Halle	13[illegible],00
Prehlitzer Braunkohlen	830,00
Priorit.	1085,00
"	5100,00

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: J. V.: Dr. Karl Baer; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200115012/fragment/page=0004